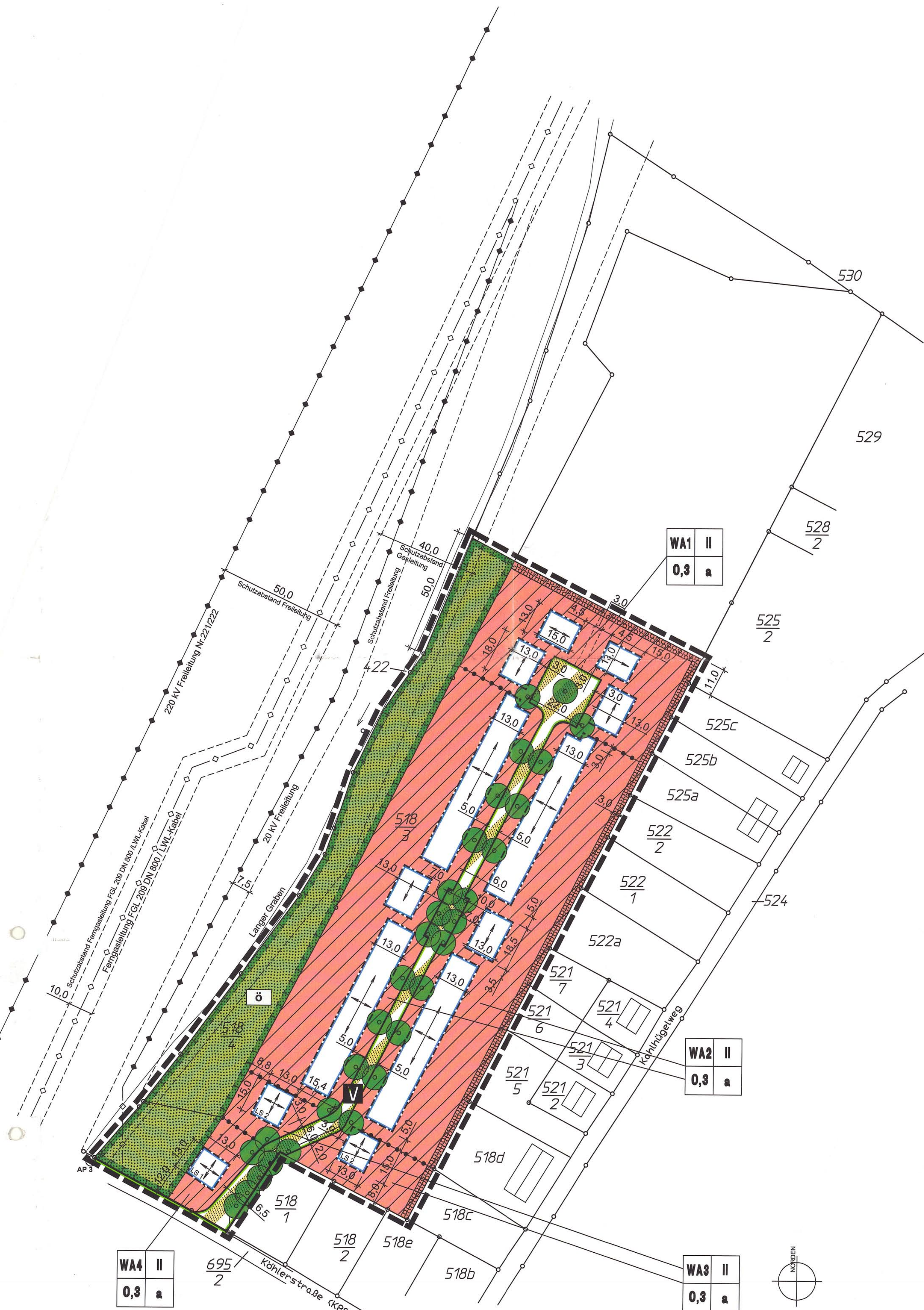


PLANZEICHNUNG (TEIL A)



PLANZEICHENERKLÄRUNG

gem. Planzeichenverordnung (PlanzV) von 1990

I. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN DURCH PLANZEICHEN

ART DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 (1) Nr. 1 BauGB)

WA1	Allgemeines Wohngebiet z.B. WA 1	§ 4 BauNVO
------------	----------------------------------	------------

MASS DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 (1) Nr. 1 BauGB)

0,3	Grundflächenzahl, z.B. 0,3	§ 19 (1) BauNVO
II	Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß, z.B. 2	§ 20 (1) BauNVO

BAUWEISEN, BAULINIEN, BAUGRENZEN (§ 9 (1) Nr. 2 BauGB)

a	Abweichende Bauweise	§ 22 (4) BauNVO
	Baugrenze	§ 23 BauNVO
	Hauptgebäudeorientierung (Firstrichtung)	§ 9 (1) Nr. 2 BauGB

VERKEHRSLÄCHEN (§ 9 (1) Nr. 11 BauGB)

	Straßenbegrenzungslinie, auch gegenüber Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung	§ 9 (1) Nr. 11 BauGB
	Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung	§ 9 (1) Nr. 11 BauGB
V	Verkehrsberuhigter Bereich	

GRÜNLÄCHEN (§ 9 (1) Nr. 15 BauGB)

G	Grünflächen, öffentlich	§ 9 (1) Nr. 15 BauGB
----------	-------------------------	----------------------

PLANUNGEN, NUTZUNGSREGELUNGEN, MASSNAHMEN UND FLÄCHEN FÜR MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON BODEN, NATUR UND LANDSCHAFT (§ 9 (1) Nr. 25 BauGB)

	Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft	§ 9 (1) Nr. 20 BauGB
	Anpflanzen von Bäumen	§ 9 (1) Nr. 25a BauGB
	Erhaltung von Bäumen	§ 9 (1) Nr. 25b BauGB
	Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen	§ 9 (1) Nr. 25a BauGB

SONSTIGE PLANZEICHEN

	mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Fläche	§ 9 (1) Nr. 21 BauGB
	Beginnlinie: Gehrecht für die Allgemeinheit	
	Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes	§ 9 (7) BauGB
	Kennzeichnung von Flächen, für die passive Schallschutzmaßnahmen vorzusehen sind z.B. LS 1	§ 9 (1) Nr. 24 BauGB
	Abgrenzung von Flächen mit unterschiedlichen Schallschutzfestsetzungen oder Dachformen/-neigungen	

II. NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN

HAUPTVERSORGUNGSLEITUNGEN (§ 9 (1) Nr. 13 und (6) BauGB)

	oberirdisch (Lage außerhalb des Geltungsbereiches, nur zur Orientierung)	
	unterirdisch (Lage außerhalb des Geltungsbereiches, nur zur Orientierung)	
	Schutzabstand	

III. DARSTELLUNGEN OHNE NORMCHARAKTER

422	Flurstücksnummer	
	vorhandene Flurstücksgrenzen	
	Aufnahmepunkt des Staatlichen Vermessungsamtes	

Erläuterung der Nutzungsschablone

WA	II	Art der baulichen Nutzung	Zahl der Vollgeschosse
0,3	a	Grundflächenzahl	Bauweise

Bemaßung in m, z.B. 5,0 m

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN (TEIL B)

I. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

- Art der baulichen Nutzung (§ 9 (1) Nr. 1 BauGB)**
In den allgemeinen Wohngebieten (WA) sind gem. § 1 (6) BauNVO Gartenbaubetriebe und Tankstellen nicht zulässig.
- Überschreitung der zulässigen Grundfläche (§ 19 (4) S. 3 BauNVO)**
Die Grundflächenzahl ist gem. § 19 (4) Satz 1 BauNVO zu ermitteln. Eine Überschreitung der zulässigen Grundfläche ist nur für notwendige Garagen, Carports und Stellplätze bis zu einer Grundflächenzahl von max. 0,4 zulässig.
- Zulässige Höhe baulicher Anlagen (§ 9 (1) Nr. 1 BauGB)**
Die Traufhöhe wird auf max. 4,2 m über dem Höhenbezugspunkt festgesetzt. Höhenbezugspunkt für die Traufhöhe ist die Oberkante des fertigen Erdgeschosßfußbodens. Der Erdgeschosßfußboden darf maximal 0,5 m über der gemittelten Höhe der fertig ausgebauten Straße an der Straßenbegrenzungslinie zwischen den Schnittpunkten der Verlängerung der Seitenwände des Gebäudes mit der Straßenbegrenzungslinie, Geländeschattungen und -abtragungen (einschließlich Stützmauern) im Bereich der Grundstücksgrenze nicht überschreiten.
- Abweichende Bauweise (§ 22 (4) BauNVO)**
Die festgesetzte Bauweise ist wie folgt definiert: Es sind nur Einzelhäuser bis zu einer Länge von 12 m zulässig. Der seitliche Grenzabstand nach SächBO ist einzuhalten.
- Garagen und Carports (§ 12 (6) BauNVO)**
Innerhalb der WA 1, 3 und 4 sind Garagen und Carports im Bereich zwischen Straßenbegrenzungslinie und straßenreifer Baugrenze sowie hinter der rückwärtigen Baufahrt nicht zulässig. Innerhalb des WA 2 sind Garagen und Carports nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig.
- Mindestmaß für Wohngrundstücke (§ 9 (1) Nr. 3 BauGB)**
Die Grundstücksgröße je Wohngebäude muss mind. 600 m² betragen.
- Höchstzulässige Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden (§ 9 (1) Nr. 6 BauGB)**
Je Hauseinheit sind max. zwei Wohneinheiten einschließlich Einliegerwohnung zulässig.
- Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 (1) Nr. 25 BauGB)**
a) Das auf den privaten Grundstücken anfallende Niederschlagswasser von Dach- und befestigten Flächen ist auf den jeweiligen Grundstücken über belebte Bodenschichten zu versickern (Mulden-Rigolen-Verσκευή). Für je 100 m² vollversiegelte Fläche ist hierfür eine Sickerfläche von mind. 14 m² vorzusehen. Mit dem Antrag auf Baugenehmigung ist der Nachweis der schadlosen Niederschlagswasserentwässerung auf dem Grundstück in Verbindung mit verbindlichen Aussagen zum Untergrund im Bereich der Versickerungsanlage zu führen. Die Versickerungsanlage ist nach den Anforderungen des ATV-DVWK-A 138 zu bemessen, auszugestalten und zu betreiben. Aufgrund der Inhomogenität des Untergrundes kann im Einzelfall eine zusätzliche Vorflut für Niederschlagswasser und Drängewasser erforderlich werden. b) Grundstückszufahrten und Stellplätze sind wasserdurchlässig zu befestigen.
- Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 (1) Nr. 20 BauGB)**
Für die für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft festgesetzten Flächen gilt:
Die Fläche (Westwall) ist von allen verbleibenden baulichen Anlagen zu bekräumen. Der gem. Baumschutzsatzung zu erhaltende Baumbestand ist durch Pflegemaßnahmen wie Ausdünnen und Entfernen von toten und schräg stehenden Bäumen zu entwickeln. Die Pflanzungen sind zu unterhalten und im Falle des Absterbens durch gleichartige zu ersetzen.
- Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern (§ 9 (1) Nr. 25a BauGB)**
Auf den in der Planzeichnung festgesetzten Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern ist eine freischneidende, baumüberwachsene Hecke anzulegen. Je 50 m² Pflanzfläche ist ein Hochstamm (2 x v., mit Ballen, 10-12 cm) und je 1 m² Pflanzfläche ein Strauch (verpflanzt, Höhe 60-100 cm) zu pflanzen. Zu verwenden sind folgende Arten:

Feld-Ahorn	Acer campestre	Berberitze	Berberis vulgaris
Hain-Buche	Carpinus betulus	Roter Hainbühl	Cornus sanguinea
		Deutzie	Deutzia in Arten
		Liguster	Ligustrum vulgare
		Pfeifenstrauch	Philadelphus coronatus
		Hunds-Rose	Rosa canina
		Spirästrauch	Spiraea in Arten
		Flieder	Syringa vulgaris

Die Pflanzungen sind zu unterhalten und im Falle des Absterbens durch gleichartige zu ersetzen.

- Anpflanzen von Bäumen entlang der Straßen (§ 9 (1) Nr. 25a BauGB)**
Für die in der Planzeichnung festgesetzten anzuimplanzierenden Einzelbäume auf privaten Grundstücken und im öffentlichen Straßenraum gilt: Zu pflanzen sind Ebereschen - Sorbus aucuparia als Hochstämme (3 x v., mit Ballen, 10-18 cm). Die Pflanzungen haben in offenen, mind. 4 m² großen Pflanzflächen zu erfolgen, die mit einer geschlossenen Vegetationschicht zu versehen sind. Die gepflanzten Gehölze sind zu unterhalten und im Falle des Absterbens durch gleichartige zu ersetzen. Ein Abweichen von den eingetragenen Pflanzstandorten ist in Ausnahmefällen (Zufahrten, Leitungsstrassen) um maximal 2 m parallel zur Straße zulässig.
- Anpflanzen von Bäumen auf privaten Grundstücken (§ 9 (1) Nr. 25a BauGB)**
Je Grundstück (Einzelhaus) ist mindestens ein Obstbaum-Hochstamm (2 x v., mit Ballen, 10-12 cm) zu pflanzen. Die Pflanzungen sind zu unterhalten und im Falle des Absterbens durch gleichartige zu ersetzen.
- Erhaltung von Bäumen (§ 9 (1) Nr. 25b BauGB)**
Die in der Planzeichnung als zu erhaltende Bäume festgesetzten Gehölze sind zu unterhalten und im Falle des Absterbens durch gleichartige zu ersetzen.
- Schutz vor schädlichen Umweltwirkungen - Straßenverkehrslärm (§ 9 (1) Nr. 24 BauGB)**
Die Wohngebäude in den mit LS 1 bzw. LS 2 gekennzeichneten Baufeldern sind so auszubilden, dass sie den Anforderungen der DIN 4109 für die entsprechenden Lärmpegelbereiche entsprechen:

Bereich	Fassaden/Außenbauteile	Lärmpegelbereich
LS 1	straßenzugewandt	IV
LS 1	sonstige	II
LS 2	straßenzugewandt	III

II. BAUORDNUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN GEM. § 83 SächsBO

- Dächer**
(1) Die Dächer der Hauptgebäude sind nur als Satteldächer mit einer beidseitig gleichen Dachneigung von 38° - 45° zulässig. Die Satteldächer dürfen beidseitig zu max. 1/4 der Höhe des Giebelbereichs abgewalt werden (Kippelwalmdächer). In WA 1 sind auch Walmdächer mit einer Dachneigung von 23° - 28° zulässig.
(2) Die Dachdeckung ist mit Dachziegeln oder Dachsteinen aus gebranntem Ton oder Beton in natur- oder als rotbrauner Farbton vorzuziehen.
(3) Als Dachaufbauten sind nur Satteldach- oder Schiepgauben zulässig. Dachgauben dürfen maximal 1/2 der Länge der darunter liegenden Gebäudewand betragen. Der Abstand zum Ortsgang darf 1,50 m nicht unterschreiten. Eine unterschiedliche Ausführung der Dachaufbauten an selben Gebäuden ist nicht zulässig. Für Dachaufbauten ist dasselbe Eindeckungsmaterial wie beim Hauptdach zu verwenden.
(4) Dacherschneitte sind nicht zulässig.
(5) Die Dachüberstände sind an den Traufseiten auf 0,40 m beschränkt.
(6) Bei Nebengebäuden und Garagen sind Flachdächer (< 6°) nur zulässig, wenn sie dauerhaft extensiv begrünt werden.

II.2 Fassaden

- Die Fassaden der Haupt- und Nebengebäude sowie Garagen sind als Putzfassaden mit einem Renissionswert von 50% bis 60% auszuführen. Nebengebäude sind auch aus Holz zulässig.
- Fassadenverkleidungen sind nur aus Holz zulässig.
- Garagen und Carports**
(1) Anliehendergrenzende Garagen und Carports sind in Dachneigung, -deckung und Fassadengestaltung einheitlich auszuführen.
(2) Die Zufahrt zu den Garagen/Carports ist so anzulegen, dass sie als Stellplatz genutzt werden kann.
- Einfriedungen, Abfallbehälter**
(1) Einfriedungen zu öffentlichen Verkehrsflächen sind nur als einfache Holzzäune mit senkrechter Lattung oder als Laubgehölzhecken mit einer max. Höhe von 1,10 m zulässig.
(2) Zwischen den Grundstücken sind die Einfriedungen auf eine Höhe von 1,20 m begrenzt und nur als Hecken, Holzzäune mit senkrechter Lattung oder begrünte Maschendrahtzäune zulässig.
(3) Ein Anstrich der Zäune in weiß und in leuchtenden Farben ist nicht zulässig.
(4) Abfallbehälter sind mit einem begründeten Sichtschutz zu versehen.

III. HINWEISE

- Altlasten**
Werden schädliche Bodenveränderungen bekannt oder verursacht, sind diese gemäß § 10 Absatz 2 Sächsisches Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetz (SächsABG) vom 31. Mai 1999 (SächsGVBl. Nr. 8/1999 vom 15. Juni 1999) unverzüglich den zuständigen Behörden (Umweltamt des Landratsamtes Meißen und Staatliches Umweltfachamt Radebeul) mitzuteilen. Insbesondere bei Berührung oder Anschnitt von Kontaminationsherden / z. B. verdeckte Deponien, Ablagerungen unbekannter Stoffe im Zuge von Erd- oder sonstigen Bauarbeiten sind sofort die Maßnahmen zu ergreifen, die eine Gefährdung und/oder Kontaminationsverschärfung ausschließen.
- Archäologie**
Das gesamte Gelände ist Teil einer komplex strukturierten Kulturlandschaft mit hoher archäologischer Relevanz. Rechtzeitig vor Beginn der Erschließungs- und Bauarbeiten müssen daher im gesamten von Bautätigkeit betroffenen Areal archäologische Grabungen durchgeführt werden. Die Kosten der archäologischen Ausgrabungen hat nach § 14 (3) SächsDSchG der Verursacher (Bauherrschaft) im Rahmen des Zumutbaren zu tragen. Über die archäologischen Ausgrabungen muss eine Vereinbarung zwischen dem Verursacher und dem Landesamt für Archäologie abgeschlossen werden.
- Bodenschutz**
Gemäß § 5 Abs. 2 KfV-AbfG und §§ 1 und 4 BBodSchG ist der anfallende nichtkontaminierte Bodenaustausch nach Bodenarten zu trennen, zwischenzulagern und einer Wiederverwendung zuzuführen. Der Bodenaustausch sollte, soweit möglich, im Plangebiet wiederverwendet werden. Vorhandene Vegetationsflächen, die nicht bebaut werden, sind vom Baubetrieb freizuhalten.

Satzung der Großen Kreisstadt Coswig zum Bebauungsplan Nr. 42 Wohnungsbauort Coswig OT Neusornitz AM LANGEN GRABEN

Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der bis zum 19.07.2004 gültigen Fassung sowie nach § 83 der Sächsischen Bauordnung (SächsBO) in der bis zum 30.09.2004 gültigen Fassung wird nach Beschlussfassung durch den Stadtrat der Großen Kreisstadt Coswig vom 30.03.2005 und mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde folgende Satzung über den Bebauungsplan AM LANGEN GRABEN, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), erlassen:

Teil A - Planzeichnung (Fassung vom 26.05.2004)

Teil B - Text Die textlichen Festsetzungen sind in der Planausfertigung enthalten.

Die Begründung zum Bebauungsplan in der Fassung vom 26.05./aktualisiert 18.11.2004 wird gebilligt.

Coswig, 31.03.2005

Reichenbach
Oberbürgermeister

VERFAHRENSVERMERKE

1. AUFSTELLUNGSBESCHLUS

Die Aufstellung dieses Bebauungsplanes wurde vom Stadtrat der Stadt Coswig am 17.12.1997 gem. § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen und am 05.03.1998 gem. § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekanntgemacht.

Coswig, den 30.06.2004

2. RAUMORDNUNG

Die für die Raumordnung und Landesplanung zuständige Stelle ist beteiligt worden.

Coswig, den 30.06.2004

3. ENTWURFSBILIGUNGS- UND AUSLEGUNGSBESCHLUS

Der Stadtrat hat am 25.02.1998 den Entwurf des Bebauungsplanes i. d. F. vom 03.02.1998 mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.

Coswig, den 30.06.2004

4. BETEILIGUNG DER TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom 02.03.1998 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.

Coswig, den 30.06.2004

5. ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG

Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) hat mit der zugehörigen Begründung (Teil C) gem. § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 18.03.1998 bis einschließlich 17.04.1998 während der Dienstzeiten öffentlich ausgelegt. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, dass Bedenken und Anregungen während der Auslegung von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, am 05.03.1998 ortsüblich bekanntgemacht worden.

Coswig, den 30.06.2004

6. ENTWURFSBILIGUNGS- UND AUSLEGUNGSBESCHLUS

Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde geändert. Die geänderten Entwürfe des Bebauungsplanes und der Begründung i.d.F. vom 28.11.2000 wurden am 20.12.2000 vom Stadtrat gebilligt und zur Auslegung bestimmt.

Coswig, den 30.06.2004

7. BETEILIGUNG DER TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 18.01.2001 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.

Coswig, den 30.06.2004

8. ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG

Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) hat mit der Begründung (Teil C) gem. § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 22.01.2001 bis einschließlich 22.02.2001 während der Dienstzeiten öffentlich ausgelegt. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, dass Anregungen während der Auslegung von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, am 11.01.2001 ortsüblich bekanntgemacht worden.

Coswig, den 30.06.2004

9. ENTWURFSBILIGUNGS- UND AUSLEGUNGSBESCHLUS

Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde geändert. Die geänderten Entwürfe des Bebauungsplanes und der Begründung i.d.F. vom 01.10.2001 wurden am 24.10.2001 vom Stadtrat gebilligt und zur Auslegung bestimmt.

Coswig, den 30.06.2004

10. BETEILIGUNG DER TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 13.11.2001 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.

Coswig, den 30.06.2004

11. ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG

Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) hat mit der Begründung (Teil C) gem. § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 16.11.2001 bis einschließlich 30.11.2001 während der Dienstzeiten öffentlich ausgelegt. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, dass Anregungen während der Auslegung von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, am 08.11.2001 ortsüblich bekanntgemacht worden.

Coswig, den 30.06.2004

12. ENTWURFSBILIGUNGS- UND AUSLEGUNGSBESCHLUS

Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde geändert. Die geänderten Entwürfe des Bebauungsplanes und der Begründung i.d.F. vom 20.08.2003 wurden am 25.02.2004 vom Stadtrat gebilligt und zur Auslegung bestimmt.

Coswig, den 30.06.2004

13. BETEILIGUNG DER TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 27.02.2004 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.

Coswig, den 30.06.2004

14. ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG

Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) hat mit der Begründung (Teil C) gem. § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 05.04.2004 bis einschließlich 23.04.2004 während der Dienstzeiten öffentlich ausgelegt. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, dass Anregungen während der Auslegung von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, am 25.03.2004 ortsüblich bekanntgemacht worden.

Coswig, den 30.06.2004

15. KATASTERMÄSSIGER BESTAND

Der katastermäßige Bestand wird als richtig bescheinigt.

Großenhain, den 18. Juni 2004

Coswig, den 30.06.2004

16. ABWÄGUNG

Der Stadtrat hat die vorgeschriebenen Anregungen der Bürger sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange am 26.05.2004 geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.

Coswig, den 30.06.2004

17. SATZUNGSBESCHLUS

Der Bebauungsplan i.d.F. vom 26.05.2004, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) und der Begründung (Teil C), wurde am 26.05.2004 vom Stadtrat als Satzung beschlossen.

Coswig, den 30.06.2004

18. AUSLEGUNGSBESCHLUS

Die Hinweise der Genehmigungsbehörde vom 06.10.2004 machten Änderungen in der Begründung sowie eine erneute öffentliche Auslegung erforderlich. Die aktualisierte Begründung i.d.F. vom 26.05.2004/aktualisiert 18.11.2004 wurde am 15.12.2004 vom Stadtrat gebilligt. Die Erneuerung des Bebauungsplanes i.d.F. vom 26.05.2004 sowie der Begründung wurden am 15.12.2004 vom Stadtrat zur Auslegung bestimmt.

Coswig, den 30.06.2004

19. BETEILIGUNG DER TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 18.01.2001 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.

Coswig, den 30.06.2004

20. ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG

Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) hat mit der Begründung (Teil C) gem. § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 31.01.2005 bis einschließlich 14.02.2005 während der Dienstzeiten öffentlich ausgelegt. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, dass Anregungen während der Auslegung von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, am 20.01.2005 ortsüblich bekanntgemacht worden.

Coswig, den 30.06.2004

21. SATZUNGSBESCHLUS

Der Bebauungsplan i.d.F. vom 26.05.2004, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) und der Begründung (Teil C) wurde am 30.03.2005 vom Stadtrat als Satzung beschlossen. Der Satzungsbeschluss VO/069504/SR vom 26.05.2004 wurde aufgehoben. Es ergingen keine abwägungsrelevanten Stellungnahmen. Der Abwägungsbeschluss VO/069504/SR vom 26.05.2004 behält seine volle Gültigkeit.

Coswig, den 30.06.2004

22. GENEHMIGUNG

Die Genehmigung des Bebauungsplanes wurde mit Verfügung der Plangenehmigungsbehörde vom 07.09.05 (Az.: 611-621.41/012-98-Cos) mit Nebenbestimmungen und Hinweisen erteilt.

Coswig, den 30.06.2004

23. DIE NEBENBESTIMMUNGEN WURDEN DURCH SATZUNGSÄNDERNDEN BESCHLUSSE DES STADTRATES VOM 07.09.05 MIT VERFÜHRUNG DER PLANGENEHMIGUNGSBEHÖRDE VOM 07.09.05

Coswig, den 30.06.2004

24. AUFERTIGUNG

Die Bebauungsplanfassung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A), dem Text (Teil B) und der Begründung (Teil C) wird hiermit aufgeführt.

Coswig, den 30.06.2004

25. INKRAFTTRETEN

Die Erteilung der Genehmigung des Bebauungsplanes sowie die Stelle, bei der